

Ehrenamt stärker wertschätzen!

MAGAZIN

April 2020 • 70. Jahrgang



Ehrenamt
Gesellschaftliches
Engagement

> Editorial



Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

„Triage“. Ein Wort aus dem Französischen, welches mir bis vor Kurzem nicht wirklich präsent war. Übersetzt bedeutet es so viel wie „aussuchen“ oder „sortieren“. In der Medizin oder im Katastrophenfall bezeichnet es das Vorgehen in dem Fall, in dem aufgrund der zu hohen Anzahl nicht allen Verletzten oder Kranken geholfen werden kann. Wer bekommt die Chance, weiterzuleben und wer nicht? Wem kann geholfen werden, wem nicht?

Welcher Patient wird geopfert, um einem anderen vielleicht das Leben zu retten? Wir blicken in diesen Tagen fassungslos nach Italien, wo das Virus so gnadenlos zugeschlagen hat, dass das Gesundheitswesen kollabiert ist und eben nicht mehr allen Infizierten geholfen werden kann. Wo an einem Tag 800 Menschen ihr Leben lassen mussten. „Triage“ ist in italienischen Gesundheitswesen derzeit gelebte Praxis. Dem 80-jährigen Corona-Infizierten kann nicht mit einem Beatmungsgerät geholfen werden, weil dieses dem 50- oder 40-Jährigen gegeben wird. In unserer Nachbarschaft müssen Ärzte und Krankenschwestern solche schwerwiegenden Entscheidungen treffen!

Europa, Deutschland durchlebt gerade seine größte Krise seit dem Ende des Zweiten Weltkrieg. Weltweit sind Menschen, Staaten, Strukturen, Gewohnheiten sowie Lebensstile und Menschenleben durch ein sich schnell verbreitendes Virus, welches am Anfang gerne noch mit der Grippe verglichen wurde, betroffen. Wir haben das öffentliche Leben richtigerweise weitestgehend zum Erliegen gebracht.

Vielmehr können wir nicht tun. Auch das ist wohl etwas, was das Ganze in unserer technisierten und hochgerüsteten Welt der scheinbar unbegrenzten Möglichkeiten so wenig begreifbar macht. „Wir können auf dem Mond spazieren gehen, aber sind gegen diesen unsichtbaren Feind für den Moment so machtlos“, möchte man schreien!

Ich weiß nicht, wie es Ihnen ging: Bei der Fernsehansprache der Bundeskanzlerin lief es mir kalt den Rücken herunter. Nicht nur, weil sie einen solchen Schritt in ihrer langen Amtszeit noch nie gewählt hat. Aber spätestens da dürfte jedem klargeworden sein, dass die Lage extrem ernst ist. Dass wir alles tun müssen, um

unser Gesundheitswesen vor dem Kollaps zu bewahren. Zu diesem Zeitpunkt war die Entscheidung schon gefällt, Schulen und Kindergärten für mindestens fünf Wochen zu schließen. Notwendige Maßnahmen, die auch Einfluss auf viele Beschäftigte in der Bundesverwaltung haben und in der nächsten Zeit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu einer noch größeren Herausforderung werden lassen.

Die Bundesbehörden haben unterschiedlich auf die Lage reagiert. Während manche Häuser sehr schnell und unbürokratisch den allergrößten Teil des Personals ins Homeoffice geschickt haben, prüfen andere – teils bis heute – wie das rechtlich darstellbar ist. Es fehlte für diese besondere Ausnahmesituation eine einheitliche Marschrichtung für die gesamte Bundesverwaltung. Viel Verantwortung ist wie so oft ins kleinste Glied verlagert und jede Abteilung oder jedes Referat kämpft für sich.

Kolleginnen und Kollegen, die ohnehin unter „Präsenzfetischismus“ ihrer Vorgesetzten leiden, spüren dies nun besonders – und das trotz eindringlicher Appelle, unbedingt und weitestgehend zu Hause zu bleiben. Dabei zeigt sich nun doch ganz eindrücklich, wie viel ohne Präsenz in der Dienststelle machbar ist – jedenfalls soweit die technischen Rahmenbedingungen mitspielen. In der Krise zeigt sich noch deutlicher als sonst, wer eine gute Führungskraft ist oder eben nur Vorgesetzter.

Diese außergewöhnliche Lage stellt auch die diesjährigen Personalratswahlen vor besondere Herausforderungen. Einige Dienststellen haben die Wahlen noch vor sich. Wir haben schon früh Kontakt zum dbb aufgenommen und diskutiert, was wir tun können, um eine möglichst breite Legitimierung der neugewählten Gremien zu erreichen.

Es wirkt schon ein wenig ironisch, dass die Modernisierung des Personalvertretungsrechts so lange aufgeschoben wurde und nun in dieser Situation die Altersschwächen des BPersVG, allein was das Wahlverfahren oder die eben nur mit persönlicher Anwesenheit mögliche Beschlussfassung im Personalrat angeht, so offen zutage treten. Inzwischen erwägt man im BMI wohl Gesetzesanpassungen im Eilverfahren, was für manche Dienststelle trotzdem zu spät kommt.

In diesen Tagen zeigt sich erneut, dass sich die Bürger in diesem Land auf uns verlassen können: In ganz vielen Bereichen kommt es nun wieder ganz besonders darauf an, dass der Staat funktioniert. Das ist auch gut und richtig so, darauf können wir stolz sein! Neben dieser besonderen Verantwortung sollten wir uns aktuell auch stets vor Augen führen, welchen Wert es hat, sich keine Sorgen um die Sicherheit des Jobs machen zu müssen!

Passen Sie auf sich auf, bleiben Sie engagiert und gesund!

Mit freundlichen Grüßen

Sascha Titze,
stellvertretender Bundesvorsitzender

> Inhalt

- > Ehrenamtliches Engagement stärker wertschätzen! 4–6
- > Kommentierte Pressestimmen 8–9
- > Pensionärstreffen 9
- > Leserbefragung 2020 9
- > Im Dialog mit Guido Müller, Deutsche Bundesbank 10
- > Zu Hause arbeiten – Homeoffice 10
- > vbob jugend: Halbezeitbericht 12

> dbb

- > interview – Ulrich Silberbach, dbb Bundesvorsitzender 13
- > Corona-Epidemie: Öffentlicher Dienst gibt gerade alles 15
- > Beamtenversorgung: Systemwechsel ist sinnlos 16
- > Beschäftigte des Bundes: Verhandlungen für Tarifvertrag Digitalisierung 17
- > Ordnungsamt Aachen in der Corona-Krise: Im Einsatz für alle 18
- > Öffentlicher Dienst: Die Erschöpfung nimmt zu 20
- > Europäischer Grüner Deal der neuen EU-Kommission 21
- > dbb akademie 22
- > Online-Funktionen des Personalausweises: Bringen Apps den Durchbruch? 24
- > nachgefragt bei ...
... Klaus Vitt, Beauftragter der Bundesregierung für Informationstechnik 26
- > dbb bundesseniorenvertretung: Im Dialog mit der Politik 28
- > jugend – Live bei Deutschlandfunk „Campus & Karriere“ 30
- > Bundesdigitalministerium: Wirrwarr von Insellösungen beenden 30
- > Öffentlicher Gesundheitsdienst: In der Krise rächt sich das Defizit 32
- > Personalbemessung für die Langzeitpflege 35
- > service für dbb mitglieder 38
- > Coronavirus: Der Tag, an dem die Kitas schließen 40
- > frauen – Gendergerechtes Steuerrecht: Gleichstellung über Steuern 44
- > Deutscher Frauenrat: Besuch beim Bundespräsidenten 46

> Impressum

Herausgeber des vbob Magazins: Bundesvorstand vbob Gewerkschaft Bundesbeschäftigte. Dreizehnmorgenweg 36, 53175 Bonn. **Telefon:** 0228.9579653. **Telefax:** 0228.9579654. **E-Mail:** vbob@vbob.de. **Internet:** www.vbob.de. Hauptstadtbüro Berlin. Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.40816900. **Telefax:** 030.40816930. **E-Mail:** vbob.berlin@dbb.de. **Bundesvorsitzende:** Rita Berling. **Redaktion:** Anne-Katrin Hoffmann, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.40816900. **Telefax:** 030.40816930. **Fotos:** vbob, AdobeStock. **Titelbild:** © K.C. – stock.adobe.com.

Herausgeber der dbb Seiten: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5598. **Internet:** www.dbb.de. **Leitende Redakteurin:** Christine Bonath (cri). **Redaktion:** Jan Brenner (br). **Fotos:** MEV und Fotolia. **Bezugsbedingungen:** Das vbob Magazin erscheint zehnmal im Jahr und wird allen vbob Mitgliedern im Rahmen der Mitgliedschaft gegen Beitrag geliefert. Nichtmitglieder bestellen in Textform beim DBB Verlag. Inlandsbezugspreis: Jahresabonnement 36,00 Euro zzgl. 6,80 Euro Versandkosten, inkl. MwSt.; Mindestlaufzeit 1 Jahr. Einzelheft 4,00 Euro zzgl. 1,40 Euro Versandkosten, inkl. MwSt. Abonnementkündigungen müssen bis zum 1. Dezember in Textform beim DBB Verlag eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr. **Verlag:** DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Layout:** Dominik Allartz. **Anzeigen:** DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Christiane Polk, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigen-disposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste 60 (dbb magazin) und Preisliste 40 (vbob Magazin),** gültig ab 1.10.2019. **Druckauflage dbb magazin:** 591 731 (IVW 4/2019). **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **ISSN 1437-997X**

Ehrenamtliches Engagement stärker wertschätzen!



In der öffentlichen Diskussion wird „ehrenamtliches Engagement“ von der Bevölkerung als un- abdingbar für unsere Gesellschaft angesehen. Auch für Politik und Regierung ist das ehrenamtliche Engagement und diesbezügliche Strukturen von entscheidender Bedeutung für unser Gemeinwesen und für unsere Demokratie. Dies zeigt sich durch die von der Bundesregierung gegründete Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt. Der vbob, dessen Funktionsträger fast ausschließlich ehrenamtlich tätig sind, begrüßt diese Initiative als Ausdruck der Wertschätzung dieses Personenkreises.

Das Ehrenamt zu stärken, hat sich auch die Bundesregierung zu eigen gemacht, indem sie sich in der Koalitionsvereinbarung der großen Koalition 2018 dazu verpflichtet hat.

Und tatsächlich gibt es in der jüngsten Vergangenheit ein gutes Beispiel dafür. In seiner

Sitzung am 6. März 2020 wurde die Änderung des THW-Gesetzes beschlossen.

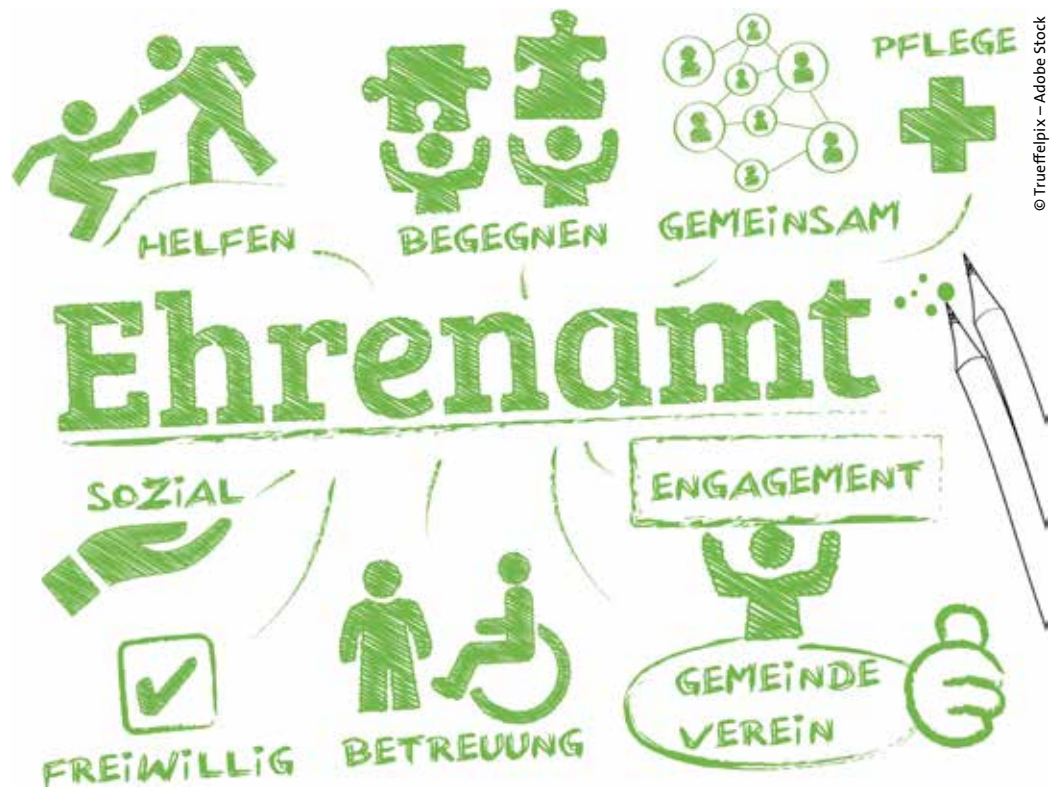
„Wir freuen uns, dass der Deutsche Bundestag die Änderungen im THW-Gesetz verabschiedet hat. Die erweiterte Freistellung von Einsatzkräften und mehr Einsatzmöglichkeiten machen ein Ehrenamt beim THW noch attraktiver und sichern auch zukünftig den Schutz der Bevölkerung bei Katastrophen“, sagte THW-Präsident Gerd Friedsam nach der erfolgreichen Verabschiedung der Gesetzesänderungen.



Seit dem Jahr 1990 bildet das THW-Gesetz das Fundament für das Handeln der haupt- und ehrenamtlichen Mitglieder des THW. Durch die am vergangenen Freitag verabschiedete Überarbeitung wird das Gesetz an aktuelle und künftige Anforderungen angepasst und die Bedingungen für die ehrenamtlichen Einsatzkräfte werden verbessert. Besonders engagiert für die Gesetzesänderung hat sich der Präsident der THW-Bundesvereinigung, Marian Wendt (MdB): „In Zukunft wird das THW auf Auslagenerstattung verzichten, wenn Gefahrenabwehrbehörden wie zum Beispiel Städte und Gemeinden um Amtshilfe ersucht haben. Dafür haben wir uns in den vergangenen Monaten intensiv eingesetzt.“

THW-Einsatzkräfte werden dadurch in mehr Einsätze kommen. Das steigert die Motivation und die Attraktivität dieses notwendigen Ehrenamtes.“

Das Gesetz stellt künftig klar, dass das THW bei geleisteter Amtshilfe auf die Erstattung von Kosten verzichtet, wenn dies im überwiegenden öffentlichen Interesse liegt. Darüber hinaus wird die Freistellung von Ehrenamtlichen, die bisher nur für Einsätze und Ausbildung galt, in moderater Weise und mit Rücksicht auf die Arbeitgeber auf unaufschiebbare THW-Dienste ausgeweitet. Dazu zählt beispielsweise die



© Trueffepix - Adobe Stock

Nachbereitung von Einsätzen, bei der die unmittelbare Wiederherstellung der Einsatzbereitschaft sichergestellt wird.

Und es gibt noch ein gutes Beispiel: Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) unterstützt mit dem Förderpreis Helfende Hand ehrenamtliches Engagement im Bevölkerungsschutz. Hintergrund dieser Initiative sind die zu erwartenden demografischen Veränderungen und ihre Folgen für den Nachwuchs ehrenamtlicher Organisationen, die die Einrichtungen im Bevölkerungsschutz in Deutschland tragen. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) in Bonn ist die Geschäftsstelle für den Förderpreis.

Mit der Verleihung des Förderpreises Helfende Hand verfolgt das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) das Ziel,

> das ehrenamtliche Engagement von Einzelnen, Gruppen oder Einrichtungen im Bevölkerungsschutz einer breiteren Öffentlichkeit be-

kannt zu machen, seine Bedeutung zu würdigen und dieser wichtigen Säule unseres Gemeinwesens eine größere Wertschätzung zukommen zu lassen;

- > den im Bevölkerungsschutz tätigen und ehrenamtlich getragenen Einrichtungen und Organisationen für herausragendes Engagement besonders zu danken und sie zur Fortführung ihrer Arbeit anzuspornen. Das Preisgeld soll den jeweiligen Preisträgerinnen und Preisträgern für die weitere Arbeit zur Förderung des Ehrenamtes im Bevölkerungsschutz zufließen;
- > stellvertretend für alle Ehrenamtsprojekte im Bevölkerungsschutz zum Ausdruck zu bringen, dass zum einen ein Engagement im Bevölkerungsschutz ein Zeichen der besonderen Verantwortung für unsere Gesellschaft ist. Zum anderen, dass es den hohen gesellschaftlichen, sozialen wie persönlichen Nutzen aller Beteiligten miteinander verbindet.

In der Gesellschaft sind freiwillige Dienste am Nächsten

als ehrenamtliche Tätigkeiten heute und in der Zukunft nicht mehr wegzudenken. Überall leisten ehrenamtlich Tätige wertvolle Arbeit und werden auch gerade in der Zukunft schon aufgrund der gesellschaftsstrukturellen Veränderungen gebraucht werden. Der in Deutschland ehrenamtlich getragene Zivil- und Katastrophenschutz ist dabei eine der wichtigsten und stabilsten Tragpfeiler in der Architektur des Bevölkerungsschutzes.

1,8 Millionen ehrenamtliche Helferinnen und Helfer sind in Deutschland für die Hilfe im Katastrophenschutz ausgebildet; sie sind organisiert und beteiligen sich an Ausbildungsveranstaltungen und Übungen und beweisen ihre Leistungsfähigkeit bundesweit im täglichen Einsatz als eine der wichtigsten aktiven Ressourcen im Bevölkerungsschutz. Ohne die Bereitschaft zu ehrenamtlicher Mitarbeit in den Organisationen wäre die Einsatzfähigkeit der Einheiten bedroht und die aktive Bürgerbeteiligung im System der inneren Sicherheit deutlich weniger stark ausgeprägt. >



© THW



FREIWILLIG

Die Aussetzung der Wehrpflicht, aber auch gesellschaftliche Veränderungen im Basispotenzial der freiwilligen Helfer schlechthin, zum Beispiel durch die Folgen einer veränderten Alterspyramide und die Folgen sich ändernder Arbeitsplatzanforderungen, beeinflussen die Verfügbarkeit freiwilliger Helfer. Sie erfordert bei den freiwilligen Feuerwehren, den privaten Hilfsorganisationen und anderen ehrenamtlich getragenen Einrichtungen deshalb verstärkt Strukturüberlegungen und intelligente Zukunftslösungen, um die ehrenamtliche Mitarbeit im Bevölkerungsschutz dauerhaft auch ohne gesetzliche Verpflichtung sicherstellen zu können.

Vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Diskussion zum Ehrenamt sowie der zum 1. Juli 2011 erfolgten Aussetzung der Wehrpflicht erhält die Förderung des Ehrenamtes im Zivil- und Katastrophenschutz deshalb besondere Bedeutung.

Um dem sichtbar Rechnung zu tragen, eine kompetente und kontinuierliche Förderung der Entwicklung dieser Aufgabe durch das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe zu gewährleisten und allen Bereichen von Bund, den Ländern und Organisationen einen zentralen Ansprechpartner im Hause zu bieten, wurde im BBK ein Referat mit dem Arbeitsschwerpunkt Ehrenamt eingerichtet.

Ihm obliegt die generelle Förderung und Entwicklung des Ehrenamtes für und im gesamten Bereich Bevölkerungsschutz. Dazu

- > entwickelt es gemeinsam mit dem BMI und anderen Ressorts zukunftsorientierte, tragfähige Konzepte für die langfristige Sicherung und Stärkung der Ehrenamtlichkeit in Deutschland,
- > ist es zentraler Ansprechpartner für alle Fragen der Ehren-

amtlichkeit im Bevölkerungsschutz und

- > fördert es einschlägige Netzwerke zwischen allen fachlich und gesellschaftlich Beteiligten.

Dennoch, in vielen Behörden erleben wir fast täglich, dass die Arbeit von Funktionsträgern der Gewerkschaften, Personalratsmitgliedern, Gleichstellungsbeauftragten oder Vertrauensleuten für Menschen mit Behinderung nicht

geschätzt beziehungsweise nicht gerne gesehen wird. Grabenkämpfe und das Ausspielen von Machtstrukturen bestimmen leider regelmäßig das Betriebsklima in vielen Behörden. Dadurch geht zunehmend das Interesse der Beschäftigten zurück, sich für ehrenamtlichen Funktionen zur Verfügung zu stellen. Es wird Zeit, dass diese ehrenamtlichen Aktivitäten in

allen Behörden als legitim wertgeschätzt werden.

Es sei daran erinnert, dass zum Beispiel das Personalvertretungsgesetz Dienststelle und Personalvertretung eine vertrauensvolle Zusammenarbeit auferlegt – zum Wohle der dienstlichen Aufgaben und zum Wohle der Beschäftigten. Dazu gehört zweifelsfrei auch die Mitwirkung der Gewerkschaften in Behörden und Betrieben.

Deshalb fordern wir die Behördenleiter auf, dafür Sorge zu tragen, dass vertrauensvolle Zusammenarbeit und vernünftige Kompromisse zu Leitlinien der Verwaltungen werden. Nur so kann ein gutes Betriebsklima entstehen beziehungsweise erhalten werden.

Der vbob mit seinen Funktionsträgerinnen und Funktionsträgern will und wird dazu seinen Beitrag leisten.

Vernünftige Kompromisse haben schon immer die Gewerkschaftsarbeit geprägt. Die Bundesregierung könnte ehrenamtliche Arbeit stärken und stärker wertschätzen, indem sie ehrenamtlich Tätigen mehr Zeit für ihr Engagement zur Verfügung stellt.

Eine Anpassung der Zahl der Sonderurlaubstage beziehungsweise der Arbeitsbefreiung an die aktuellen Erfordernisse wäre mehr als angebracht.



Sorgen wir gemeinsam für die Anerkennung und Wertschätzung ehrenamtlicher Tätigkeit!

vbob – Nähe ist unsere Stärke!
jp, adm



> Ein herzliches Dankeschön ...

... möchte ich allen vboblern und den Beschäftigten der Bundesverwaltung heute sagen. Sie helfen seit Anbeginn der aktuellen Corona-Krise dabei, dass Deutschlands Bundesverwaltung nicht nur handlungsfähig bleibt, sondern eben auch als den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes und deren Wohl verpflichtete Beschäftigte wahrgenommen werden. Dabei zeigt sich auch, dass die öffentliche Verwaltung auch in Krisenzeiten funktioniert und das Gemeinwohl organisiert.

Ob das im Bereich der Organisation des Gesundheitswesens, der Pandemieplanung und der Logistik, der Sicherstellung staatlicher Zuwendungen in Zeiten von Kurzarbeit und Firmenschließungen, der Vereinfachung staatlicher Prozesse und Verfahren, der Aufrechterhaltung der Infrastrukturen, der Sicherheitskräfte, aber auch der über den Dienst hinaus ehrenamtlich Aktiven in Nachbarschaft, Blutspende, Betreuung und vielen weiteren Aufgaben ist:

Sie leisten trotz der sicherlich auch bei Ihnen stärker ausgeprägten eigenen Sorgen um die Gesundheit und die Versorgung Ihrer Familie, der Verwandten und Freunde einen herausragenden Job!

Ich sage Ihnen allen im Namen des Bundesvorstandes ganz herzlich Dankeschön und wünsche Ihnen vor allen Dingen Gesundheit und Kraft für die vor uns liegenden Herausforderungen!

Frank Gehlen,
stellvertretender Bundesvorsitzender

Kommentierte Pressestimmen

„Aus Krisen erwachsen auch immer neue Kräfte.“

(Rita Süßmuth (*1937), deutsche Professorin für Erziehungswissenschaften, CDU-Politikerin, 1988–1998 Präsidentin des Deutschen Bundestages)

Über uns alle ist die derzeitige Corona-Krise quasi aus dem Nichts hereingebrochen. Sie fordert jedem Bürger und jeder Bürgerin dieses Landes unerwartet sehr viel ab. Die Politik beschließt die nun notwendigen Schutzmaßnahmen. Die Umsetzung und Kontrolle obliegt zu großen Teilen den Beamten und Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes. Sie alle sind stets engagiert im Einsatz; sie leisten Großes für uns alle und unser Land! Wir alle können uns auf einen funktionierenden öffentlichen Dienst verlassen. Ohne ihn wäre diese Krise nicht zu bewältigen.

„Öffentlicher Dienst wegen Coronavirus unter Druck“, **Focus Online** vom 13. März 2020. Die Coronavirus-Krise belastet nach Ansicht des Deutschen Beamtenbundes (dbb) den ohnehin schon von Personalnot geplagten öffentlichen Dienst in Deutschland.

„Der über Jahre aufgebaute strukturelle Personalmangel insbesondere auch im Gesundheitswesen und im öffentlichen Gesundheitsdienst rächt sich jetzt mit voller Wucht“, erklärte dbb Chef Ulrich Silberbach am Donnerstag in Berlin mit Blick auf die Auswirkungen des neuartigen Coronavirus. Nach seinen Angaben fehlen derzeit ausreichend qualifizierte Fachkräfte, die Patienten an Intensivbetten betreuen können. Im normalen Pflegebereich laufe der Betrieb ohnehin bereits „auf dem Zahnfleisch“.

Daher appellierte der dbb Chef, den Staat personell und technisch besser auszustatten. „Sonst ist nach der Krise nur das neue ‚vor der Krise‘“, so Silberbach. Die Menschen in Deutschland können sich auf den öffentlichen Dienst verlassen“, stellt der dbb Chef weiter mit Blick auf das Management der Corona-Epidemie klar. Zu verdanken sei dies insbesondere der unermüdlichen Einsatz-

bereitschaft der Beschäftigten, die derzeit vielerorts rund um die Uhr alles für die Gesundheit der Menschen und das Funktionieren unseres Landes geben. „Ärztenschaft und Pflegekräfte, die Kolleginnen und Kollegen in den Gesundheitsämtern, Krisenstäben, Regional- und Kommunalverwaltungen, Einsatzkräfte bei Rettungsdiensten, Feuerwehr und Polizei, Erzieherinnen und Erzieher in den Kitas, Lehrerinnen und Lehrer in den Schulen – unzählige Beschäftigte des öffentlichen Dienstes geben derzeit alles, um die Corona-Epidemie in Deutschland einzudämmen und zu managen.“

Ob Intensivmedizin, Pflege, Aufklärung und Beratung, Planung und Entscheidung, Transporte und Kontrollen oder einfach da sein und ‚seinen Job tun‘, den Kleinen richtiges Händewaschen beibringen und sie betreuen, damit es die gefährdeten Großeltern eben nicht tun müssen – sie alle sind unermüdlich und oftmals im unmittelbaren Gefahren- und Infektionsbereich im Einsatz für die Gesundheit und Sicherheit der Menschen.

Gleichzeitig sorgen die vielen weiteren Kolleginnen und Kollegen des öffentlichen Dienstes dafür, dass das Land weiter-

hin möglichst reibungslos funktioniert“, betonte der dbb Bundesvorsitzende am 12. März 2020 in Berlin.

„Unsere Gedanken sind bei den Kolleginnen und Kollegen, und wir wünschen ihnen allen Gesundheit, Kraft und Durchhaltevermögen für die nächsten Tage und Wochen.“

■ GIM-Studie „Corona“

Zum Thema „Corona“ wurde eine aktuelle Studie veröffentlicht: The German Gratwanderung/GIM-Studie: Deutsche in Sachen Corona-Besorgnis gespalten. (Über die Studie: Für die bevölkerungsrepräsentative Studie „The German Gratwanderung“ wurden in Deutschland im Zeitraum vom 3. bis 9. März 2020 1 000 Onlineinterviews [CAWI] und 507 Telefoninterviews [CATI] durchgeführt.)

Die Befragten waren zum Zeitpunkt der Befragung über 18 Jahre alt und hatten bereits vom Coronavirus gehört. Trotz weiterer Ausbreitung und immer mehr Einschränkungen im Alltag: Die Deutschen verfallen beim Thema Coronavirus nach wie vor nicht in Panik. Stattdessen meistern sie eine tägliche Gratwanderung zwischen Besorgnis und Gelassenheit. Die Bevölkerung teilt sich dabei

auf in zwei nahezu gleich große Gruppen: Die „Gelassenen“ mit 53 Prozent der Gesamtbevölkerung und die „Besorgten“ mit 47 Prozent. Das ist eines der Kernergebnisse dieser aktuellen bevölkerungsrepräsentativen Studie der GIM (Gesellschaft für Innovative Marktforschung). Lediglich 8 Prozent aller Befragten geben dabei an, sich wegen des Coronavirus „sehr große Sorgen“ zu machen. Auch dies ein starkes Indiz dafür, dass die Bevölkerung derzeit noch immer weit entfernt von einer Panik zu sein scheint.

Der Grad der Besorgtheit scheint indes unabhängig vom Wohnort beziehungsweise Bundesland zu sein: Selbst im relativ stark betroffenen Nordrhein-Westfalen machen sich mit 48 Prozent der Bevölkerung nicht wesentlich mehr Menschen Sorgen als im Bundesdurchschnitt (47 Prozent). Auch zwischen den Geschlechtern gibt es keine nennenswerten Unterschiede in der Besorgtheit: Männer geben das zu 45 Prozent an, Frauen zu 49 Prozent.

Lediglich jüngere Menschen im Alter von 18 bis 29 Jahren scheinen weniger besorgt als der Rest der Bevölkerung: Von ihnen geben nur 32 Prozent an,

zumindest ein wenig besorgt zu sein (3 Prozent sehr).

Die Studie zeigt weiterhin: „Besorgte“ fühlen sich stärker persönlich vom Coronavirus bedroht als „Gelassene“: 41 Prozent geben an, „sehr oder eher persönlich betroffen“ zu sein, während dies lediglich 8 Prozent der „Gelassenen“ sagen. Insgesamt fühlt sich lediglich ein gutes Fünftel (23 Prozent) der Gesamtbevölkerung persönlich vom Virus betroffen. Die Frage, wie besorgt die Menschen sind, hängt ab von der jeweils subjektiv erlebten Informiertheit über das Corona-Thema. Lediglich ein knappes Drittel (32 Prozent) der Gesamtbevölkerung denkt hier, genau die richtige Menge an Informationen zur Verfügung zu haben. Bei den „Besorgten“ liegt dieser Anteil mit 36 Prozent etwas höher. Allerdings beklagt knapp die Hälfte (48 Prozent) der Deutschen einen Informations-Overload. Nur ein Fünftel fühlt sich „unterinformiert“.

■ Homeoffice – nicht für jeden möglich

„Homeoffice: Öffentlicher Dienst hinkt hinterher“, titelt der **Behördenpiegel** am 19. März 2020. Die technische Ausstattung und IT-Architektur in Bürgerämtern, Schulen, Finanz-, Kommunal- oder Polizeibehörden sei oft furchtbar

veraltet. „Da könnten die Beschäftigten digitales und mobiles Arbeiten an vielen Arbeitsplätzen schlicht nicht umsetzen“, so Silberbach.

Die Pandemie mit den vorhandenen Mitteln habe gerade absoluten Vorrang. „Es gehe jetzt darum, das, was an Personal und Technik vorhanden sei, möglichst effizient einzusetzen.“ Darüber hinaus könne die aktuelle Krise notwendige Veränderungsprozesse aber auch beschleunigen. Silberbach forderte die Politik auf einzusehen, dass Ressourcen, die sie jetzt einsetzt, nicht ausreichen, um eine flächendeckende Digitalisierung wirklich in Angriff zu nehmen.

Diese sollte in Zukunft sowohl für die zukünftige Krisenprävention als auch für die generelle Verbesserung öffentlicher Dienstleistungen „gewinnbringend“ angelegt sein.

Ein zentrales Thema ist für Silberbach die Einrichtung einer eigenen staatlichen Cloud für Bund, Länder oder Gemeinden. Ohne eine solche Cloud gebe es auch kein flächendeckend mobiles Arbeiten im öffentlichen Dienst. Staatliche Dokumente, darunter auch geheime Unterlagen, könnten natürlich nicht bei Microsoft oder Apple „abgelegt“ werden. „Gerade deshalb brauche der Staat eine eigene Speicher-

lösung, sonst falle der öffentliche Dienst bei der Digitalisierung nur noch weiter zurück“ so der dbb Chef.

■ Zweischneidiges Schwert

„Corona-Krise: Der ÖPNV wird ausgedünnt – das ist besonders für systemrelevante Berufe gefährlich“ (**Spiegel Online** vom 19. März 2020).

Millionen Menschen können auch in Corona-Zeiten nicht von zu Hause aus arbeiten – etwa Krankenschwestern oder Polizisten. Sie sind auf den Nahverkehr angewiesen. Doch der wird immer mehr ausgedünnt. Logisch, es sind aktuell insgesamt weniger Pendler unterwegs.

Dies nutzte die Deutsche Bahn entsprechend und ließ ab Wochenbeginn auf vielen Linien Züge in Stoßzeiten ausfallen. In der Folge ballten sich zumindest in Teilen des Berufsverkehrs die Berufspendlerinnen und -pendler. Das beklagt der Fahrgastverband Pro Bahn und zudem die Fahrgäste. Auch am späten Mittwoch-

nachmittag drängten sich vielerorts in ein- und ausfahrenden S-Bahnen die Fahrgäste aus Platzmangel eng nebeneinander. Dabei empfehlen Gesundheitsbehörden mindestens einen Abstand von eineinhalb Metern. Viele systemrelevante Berufstätige haben kein Auto mehr!

Tatsächlich haben viele Menschen gerade in Großstädten der Umwelt zuliebe oder wegen Dauerstaus und fehlender Parkplätze längst kein eigenes Fahrzeug mehr.

Nicht wenige können sich wegen der hohen Mieten in Ballungsräumen auch schlichtweg keines mehr leisten. Insbesondere derzeit sehr wichtige Berufstätige wie Verkäufer, Reinigungskräfte oder Krankenschwestern mussten in den vergangenen Jahren oft jede Anschaffung genau abwägen. Jetzt müssen sie in vielen Fällen mit dem ÖPNV zur Arbeit gelangen. Nach der Krise ist auch in diesem Punkt mit den Verantwortlichen sicherlich Gesprächsbedarf, um auch hier künftig Verbesserungen zu erzielen!

cm

> Pensionärstreffen

Die außergewöhnliche Situation, der wir alle durch rasante Ausbreitung des Corona-Virus ausgesetzt sind, erfordert besondere Verhaltensweisen. Nach langer Diskussion haben wir uns deshalb dafür entschieden, alle Pensionärstreffen in Bonn und Berlin bis **Ende Mai** auszusetzen. Wir denken, dass diese Absagen aufgrund der Verantwortung, die wir auch für Ihre Gesundheit tragen, alternativlos sind.

Über die neuen Termine werden Sie rechtzeitig in Ihrem vbob Magazin informiert.

Wegen der Tagefahrt der Berliner Pensionäre am 9. Juni warten wir die weiteren Entwicklungen noch ab. Sie können sich gerne hierfür weiter anmelden. Sollte die Fahrt nicht stattfinden können, würden wir dies kurzfristig mitteilen.

Wir wünschen Ihnen alles Gute und viel Kraft, diese verrückte Zeit durchzustehen. Bleiben Sie gesund!

> Leserbefragung 2020



© SG-design / Fotolia

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

für die bisherige Beteiligung an der Leserbefragung und das damit verbundene Interesse an der Verbesserung unseres vbob Magazins möchte ich mich schon vorab bei allen bedanken, die sich die Zeit genommen haben, unsere Fragen zu beantworten.

Wir haben so viele positive Anregungen und konstruktive Kritik erhalten, dass wir über die große Resonanz ganz überrascht waren. Bitte machen Sie so weiter!

Wer bis heute noch keine Zeit gefunden hat, sich an der Umfrage zu beteiligen – Sie haben noch bis 30. April Zeit. Es warten tolle Preise auf Sie.

Wir freuen uns auf Ihre Zuschriften.

Im Dialog mit Guido Müller, Deutsche Bundesbank

Die Wettbewerbsfähigkeit der Bundesverwaltung stand im Mittelpunkt des Gesprächs am 4. März 2020 zwischen der Bundesvorsitzenden und dem langjährigen vbob Mitglied Guido Müller. Rita Berning freute sich, den Leiter des Bereichs Bau der Deutschen Bundesbank im vbob Hauptstadtbüro zu begrüßen. In einem regen Gedankenaustausch wurden die Erfolgchancen für die künftige Personalgewinnung erörtert.



Die Bundesvorsitzende empfing am 4. März unser langjähriges vbob Mitglied Guido Müller im Hauptstadtbüro.

Neben der Bezahlung, die weiterhin einen hohen Stellenwert hat, wird eine höhere Flexibilität bei der Arbeitszeitgestaltung künftig einen entscheidenden Faktor bilden, stimmen beide Gesprächspartner

überein. Diese Analyse unterstreicht die vbob Forderung nach einer umfassenden Novellierung der Arbeitszeitverordnung.

Eine gesunde Balance zwischen Arbeit und Freizeit bringt Vorteile im Wettbewerb. Doch hierzu bedarf es attraktiver Regelungen für Langzeitkon-

ten, mobiler Arbeit, Sabbaticals, Wochenarbeitszeit et cetera. Bei allen diesen Themen fehlt es für die Beschäftigten der Bundesverwaltung weitgehend an modernen und zeitgemäßen Angeboten.

Den Nachwuchs für die Arbeit in der Bundesverwaltung zu interessieren und das vorhandene Personal zu fördern – auch hier gilt es, auf die Balance zu achten. Mit einer Reform der Bundeslaufbahnverordnung einschließlich der Durchlässigkeit zwischen den Laufbahnen kann das Bundesinnenministerium einen wichtigen Beitrag für die Attraktivität und damit Wettbewerbsfähigkeit leisten.

rb

10

vbob Gewerkschaft Bundesbeschäftigte



Zu Hause arbeiten – Homeoffice

Als Fernsehzuschauer haben wir in den letzten Wochen Einblicke in viele Wohn- und Arbeitszimmer bekommen. Interviews und sogar Talkshows nutzen verstärkt, teilweise ausschließlich, die Möglichkeit des digitalen Austauschs und der Zusammenkunft. Auch eine Form von Homeoffice, ein Begriff, eine Beschäftigungsform, die durch die Ausbreitung der COVID-19-Erkrankung eine rasante Zunahme erfährt.

Bisher hatte die Bundesverwaltung meist die alternierende Telearbeit oder mobiles Arbeiten, sprich das ortsunabhängige Arbeiten im Fokus. Infolge der Beschränkungen des Arbeits- und Lebensalltags durch den COVID-19-Virus bekommt das Homeoffice auch in der Bundesverwaltung eine zunehmende Bedeutung.

In der aktuellen Sondersituation mit Schließungen von Kindergärten und Schulen ist Homeoffice eine wichtige Stütze für die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben. Für Beschäftigte mit Vorerkrankungen, die zu einer Risikogruppe gehören, erlaubt es die Weiterbeschäftigung ebenso wie für alle Kolleginnen und

Kollegen, die auf dem Arbeitsweg auf viele andere Menschen treffen.

Während beim mobilen Arbeiten meist von einer elektronischen Unterstützung ausgegangen wird, steht das Homeoffice dagegen generell für das Ausüben der beruflichen Tätigkeit von zu Hause aus.

Wie immer im Leben, bringen die Arbeitsformen sowohl Vor- als auch Nachteile mit sich.

Neben den allgemein geringeren sozialen Kontakten in dieser Ausnahmesituation hat man im Homeoffice zusätzlich auch weniger direkten Kontakt zu den Kolleginnen und Kollegen, aber ggf. eine erhöhte Ablenkung durch die Familienmitglieder. Die veränderte Arbeitssituation erschwert eine klare Abgrenzung zwischen Arbeitszeit und privater Zeit. In

der besonderen Belastungssituation muss darüber hinaus der Aspekt des gesunden Arbeitens intensiv beachtet werden.

Viele Kolleginnen und Kollegen beschäftigen Fragen zum Homeoffice. In der Literatur und im Internet finden Sie eine Vielzahl von Antworten, Hinweisen und Tipps zu dem Themenkomplex.

Hier einige Beispiele dazu:

- > „Sicher ist sicher“, 06.19 (www.sidigital.de)
 - > „Orts- und zeitflexibles Arbeiten: Gesundheitliche Chancen und Risiken“ (<https://www.baua.de/DE/Angebote/Publicationen/Berichte/Gd92.html>)
 - > <https://www.lia.nrw.de/themengebiete/Arbeitschutz-und-Gesundheit/Homeoffice/index.html>
- Bitte bleiben Sie gesund.** rb

vbob jugend Halbzeitbericht

Im Jahr 2018 fand der Bundesvertretertag des vbob – Gewerkschaft Bundesbeschäftigte statt. Dort haben wir als Jugend zehn Anträge eingereicht. Neun dieser Anträge wurden durch den Bundesvertretertag angenommen. Gerne berichten wir vom aktuellen Umsetzungsstand, um Euch auf dem Laufenden zu halten. In diesem Artikel sollen die ersten fünf Anträge behandelt werden.

Antrag 1 befasste sich mit der Absenkung der Arbeitszeit im öffentlichen Dienst. Diese Forderung wird durch den vbob in vielen Gesprächen weitergetragen. Auch die Jugend nutzt die Kanäle über den Bundesjugendausschuss und über die Jugendpolitische Kommission, um diese Forderung nicht untergehen zu lassen. Das Thema wird auch bei der Tarifrunde 2020 mit dabei sein. Wie es nachher ausgestaltet wird, muss dann gesehen werden.

Als vbob arbeiten wir weiter sehr stark daran, dass die Arbeitszeit der Beamten wieder auf 39 Stunden zurückgeführt wird. Dabei haben wir nicht aus dem Blick verloren, dass wir uns für eine generell niedrigere Arbeitszeit einsetzen. Freizeit statt Lohnsteigerung scheint auch eine Baustelle der Tarifforderung von 2020 zu

werden. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Doch sollte diese Freizeit nicht zurückgekauft werden müssen, da diese auch ohne Kompensation gegeben wurde.

Antrag 2 beinhaltete die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung und die Abschaffung des Sachgrundes Erprobung. Dieser Sachgrund steht im Teilzeitbefristungsgesetz im § 14 Abs. 1 Nr. 5. Noch gibt es diesen Punkt in dem Gesetz. Durch Abfragen unserer jungen Mitglieder in den Fachgruppen hat sich ergeben, dass diese erheblich weniger im Bund eingesetzt werden. Hier sind wir auf dem richtigen Weg.

Bei dem **Antrag 3** geht es um die unbefristete Übernahme von Auszubildenden. Dies ist in einigen Behörden nun schon längst gelebte Praxis. In man-



> Thomas de Greeff,
Bundesjugendvertreter

chen anderen Behörden jedoch wohl noch nicht. Auch hier werden wir nicht lockerlassen.

Gerade auch der demografische Wandel wird uns hier sicher in die Karten spielen. Aber auch hier ist unsere Linie ganz klar. Eine solche Übernahme soll es nur bei einer entsprechenden Befähigung geben. Das soll kein Antrag sein, um Menschen, die nicht die entsprechende Leistung zeigen, in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis zu bekommen.

Im **Antrag 4** geht es darum, dass die Fachgruppen sich verpflichten, Ansprechpartner möglichst aus dem Kreis der Jugend in den Fachgruppenvorstand zu benennen, die sich dann als Ansprechpartnerin oder Ansprechpartner für die AG Jugend zur Verfügung stellen. Dieser Antrag ergab sich

daraus, dass die dbb jugend Bund ihre Satzung geändert hatte. Die dbb jugend Bund bezieht circa die Hälfte ihrer Mittel aus dem Topf für Kinder und Jugendhilfe. Dort ist klar geregelt, für wen solche Mittel abfließen dürfen.

Zum Beispiel ist geregelt, dass Begünstigte als eigenständige Jugendgruppierungen definiert sein müssen. Die vbob jugend hat hier noch nicht die entsprechenden Strukturen. Mit diesem Antrag sollen diese geschaffen werden, um weiter der Satzung des dbb zu entsprechen und somit auch stimmberechtigt in den dbb jugend Bund Gremien zu bleiben. Hierfür gibt es aus den Fachgruppen leider noch zu wenige Rückmeldungen.

Gleiche Studienmöglichkeiten an der HS Bund in Brühl für Tarifbeschäftigte und Beamte ist der Inhalt vom **Antrag 5**. Das bedeutet aktuell, dass die Beamten beim Aufstieg die Wahl haben zwischen Präsenzkursstudium oder Fernstudium. Diese Auswahl hat ein Tarifbeschäftigter nicht. Hierzu hat es bisher noch keine Änderung ergeben. Wir bleiben am Ball!

Die **Anträge 6–9** werden im nächsten Bericht vorgestellt.

tdg